

KLIMA KOMPAKT



Deklaration großer Unternehmen in Kooperation mit Germanwatch e.V.

**Investitionssicherheit für ambitionierte EU-Klimaziele:
den Emissionshandel reparieren**

42 Wissenschaftler appellieren an Bundeskanzlerin

Offener Brief zum europäischen Emissionshandel

Kirchen fordern zur Reform des Emissionshandels auf

**Brief der katholischen und evangelischen Kirche an
deutsche EU-Parlamentarier**

Meinungsbeitrag von Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch

**Gut fürs Klima, gut für die Wirtschaft – und dennoch in
größter Gefahr. Der EU-Emissionshandel auf der Kippe**

Signalentscheidung für den Klimaschutz

Der europäische Emissionshandel steckt in der tiefsten Krise seiner achtjährigen Existenz. Das wichtigste Klimaschutzinstrument der EU erfüllt seine zentrale Aufgabe nicht: Den Übergang in die Null-Emissions-Wirtschaft möglichst kosteneffizient zu gestalten.

Am 16. April stimmt das Europaparlament darüber ab, ob das von der Politik mitverursachte enorme Überangebot an Emissionsgutschriften verringert werden soll. Das wäre der erste notwendige Schritt für eine grundlegende Reparatur des fehlerhaft konstruierten Systems.

Gleichzeitig wartet Europa auf die Bundesregierung. Weil Wirtschaftsminister Philipp Rösler als einziger im Kabinett blockiert, hat die Bundesregierung noch keine Position. Als Folge hält Deutschland die Reform auf.

Die Zertifikatsschwemme macht deutlich: Das Emissionsziel der EU für 2020 wurde zu niedrig angesetzt. Wenn es dabei bleibt und die Reparatur des CO₂-Handels nicht kommt, wäre das Signal: Die EU verabschiedet sich von ihrem Beitrag zum Einhalten des 2 °C-Limits. Denn ohne Reduktion der CO₂-Zertifikate müsste die vom Handel betroffene Wirtschaft bis 2020 keinen Klimaschutz mehr betreiben. Genau diese Abkehr von ambitioniertem Klimaschutz wollen einige der Reformgegner sehen.

Oldag Caspar

Referent für Klimaaußenpolitik

Impressum

Redaktion: Christoph Bals, Oldag Caspar, Gerold Kier, Sandra Zimmer

Herausgeber:

Germanwatch e.V.
Büro Berlin
Schiffbauerdamm 15
D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-Mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG
BLZ 100 205 00
Konto Nr. 32 123 00

Download und Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Deklaration von Alstom, Shell, EnBW, E.ON, Munich Re, Otto und Puma in Kooperation mit Germanwatch

Investitionssicherheit für ambitionierte EU-Klimaziele: den Emissionshandel reparieren

Sieben große in Deutschland aktive Unternehmen fordern zusammen mit Germanwatch Bundesregierung und Europaparlament auf, die Rettung des EU-Emissionshandels voranzubringen. In ihrem Appell fordern sie insbesondere mehr Sicherheit für Klimaschutzinvestitionen der Wirtschaft.

Es folgt die Deklaration im Original:

„Für eine politisch und ökonomisch erfolgversprechende Strategie zur Umsetzung der Klimaziele der Europäischen Union – 80 bis 95 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2050 im Vergleich zu 1990 – kommt der Investitionssicherheit eine zentrale Bedeutung zu. Viele der für eine solche Transformation zu tätigen Investitionen sind auf Jahrzehnte angelegt und bedürfen eines verlässlichen politischen Rahmens. Der EU-Emissionshandel, ein zentraler Bestandteil eines solchen Rahmens, schafft die notwendige Investitionssicherheit derzeit nicht. Vom Emissionshandel gehen gegenwärtig so gut wie keine Investitionsimpulse aus.

Ohne tiefgreifende Reform wird die Funktionsfähigkeit des Emissionshandels zumindest bis 2020 stark eingeschränkt bleiben. Die Haltung der Bundesregierung ist wichtig für die anstehenden EU-Entscheidungen. Es ist darum an der Zeit, dass die Bundesregierung für Investitionssicherheit für bereits getätigte und noch notwendige Klimaschutzinvestitionen der Unternehmen sorgt.

Aktueller und erster zwingend erforderlicher Korrekturschritt für Investitionssicherheit ist die einmalige Entnahme überschüssiger Emissionserlaubnisse vom Markt. Ein solcher Einzeleinriff muss die Ausnahme bleiben. Konkret fordern wir die Bundesregierung auf, dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur „Änderung des Zeitplans für die Versteigerung von Emissionszertifikaten“ vom 25. Juli 2012 zuzustimmen. Darauf aufbauend muss in einem nächsten Schritt der jährliche Reduktionsfaktor so verändert werden, dass der Emissionshandel seinen fairen Anteil zur Verschärfung des EU-Emissionsziels unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der global tätigen Industrie beiträgt. Die Emissionserlaubnisse sind dauerhaft vom Markt zu nehmen. Dies sind erste Schritte auf einem kosteneffizienten, glaubwürdigen Pfad in Richtung auf das 2050-Reduktionsziel der EU.

Wir fordern die Bundesregierung und das Europaparlament auf, in diesem Sinne Klimaschutz und Investitionssicherheit gemeinsam voranzubringen.“

Alstom Deutschland AG
Deutsche Shell Holding GmbH
EnBW AG
E.ON SE
Munich Re
Otto Group (Otto GmbH & Co KG)
Puma SE
Germanwatch e.V.

Quelle: www.germanwatch.org/de/6576

42 Wissenschaftler appellieren an Bundeskanzlerin

Offener Brief zum europäischen Emissionshandel an die Bundeskanzlerin

42 Ökonomen und Sozialwissenschaftler fast aller relevanten wirtschaftswissenschaftlichen Institute Deutschlands haben die Bundesregierung aufgefordert, sich endlich für eine Reform des EU-Emissionshandels einzusetzen. In ihrem offenen Brief appellieren sie an Bundeskanzlerin Angela Merkel, dafür zu sorgen, dass auch Deutschland jetzt die Backloading genannte Verschiebung der Versteigerung von Emissionserlaubnissen als ersten wichtigen Reformschritt unterstützt.

Germanwatch dokumentiert den Brief in Auszügen.

„In seiner jetzigen Ausgestaltung kann [der EU-Emissionshandel] seine Lenkungs- und Steuerungsfunktionen

[...] nicht erfüllen. [...] Angesichts der dauerhaft niedrigen Preise wird [...] deutlich, dass die Möglichkeiten, CO₂-Emissionen zu vermeiden, deutlich unterschätzt wurden. Der Fahrplan zur Erreichung des langfristigen Emissionsreduktionsziels von 80 bis 95 % kann und sollte daher angepasst werden. Um die langfristigen Ziele effizient zu erreichen, müssen bereits heute bei Investitionsentscheidungen klimafreundliche und energieeffiziente Technologien gewählt werden. [...]

Weltweit wird der fallende CO₂-Preis aufmerksam beobachtet. Wenn [...] die Politik nicht handelt, dann gefährdet das Europas Glaubwürdigkeit bei der internationalen Zusammenarbeit zum Klimaschutz. [...]

Die von der EU Kommission vorgeschlagene Verschiebung der Versteigerung von 0,9 Mrd. Zertifikaten (Backloading) ist dringend notwendig, um kurzfristig genügend Knappheit zu schaffen, damit der Emissionshandel für Unternehmen und die internationale Klimakooperation relevant bleibt. Da aber die zusätzlichen Versteigerungsmengen am Ende der Handelsperiode den Überschuss wieder vergrößern, funktioniert Backloading nur als Ergänzung einer strukturellen Reform.“

Quelle: Offener Brief an die Bundeskanzlerin zum europäischen Emissionshandel, 18.03.2013, www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.417693.de/offener_brief_bk_merkel_20130319.pdf

Kirchen fordern zur Reform des Emissionshandels auf

Brief der katholischen und evangelischen Kirche an deutsche EU-Parlamentarier

Die beiden großen Kirchen appellieren vor der Abstimmung im Europaparlament in einem Brief an alle deutschen Europaabgeordneten, den Handel mit Emissionsrechten zu reformieren und dem Backloading-Vorschlag zuzustimmen.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus dem Brief.

„[...] Das Europäische Emissionshandelssystem als marktwirtschaftliches Instrument zur Begrenzung der Emissionen hat viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen und international erste Nachahmer gefunden. Umso mehr erfüllt uns daher mit großer Sorge, dass sich dieses Herzstück der europäischen Klimaschutzpolitik derzeit in einer schweren Krise befindet und seine Lenkungswirkung einzubüßen droht [...].

Wie Sie wissen, untergräbt ein gewaltiges Überangebot von Emissionsrechten [...] das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Emissionshandels. [...]

Der Preis pro Tonne CO₂ ist dadurch auf einen historischen Tiefstand von 5 € gefallen, so dass kaum noch Anreize für klimaschonende Investitionen bestehen. Im Gegenteil rechnet sich derzeit die Verstromung der besonders klimaschädlichen Braunkohle in einem Maße, dass die Emissionen wieder steigen. Gleichzeitig schreiben Stromversorger mit den wesentlich sauberen Gaskraftwerken rote Zahlen und kündigen bereits an, Investitionen in Windparks auszusetzen.

Eine Korrektur der politischen Rahmenbedingungen erscheint uns unbedingt nötig, damit das Europäische Emissionshandelssystem seine ur-

sprünglich beabsichtigte Wirkung entfalten kann. [...]

Das „Backloading“, d.h. die zeitweise Entnahme von Emissionsrechten aus dem Markt, würde ein wichtiges Signal politischen Willens für die Fortführung einer ambitionierten europäischen Klimaschutzpolitik setzen. [...]

In diesem Sinne setzen wir uns jetzt für die Reform des europäischen Emissionshandels ein.“

Prälat Dr. Bernhard Felmborg (Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland bei Bundestag, Bundesregierung und EU)

Prälat Dr. Karl Jüsten (Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe).

Meinungsbeitrag von Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch

Gut fürs Klima, gut für die Wirtschaft – und dennoch in größter Gefahr. Der EU-Emissionshandel auf der Kippe

Das Europaparlament stimmt am 16. April über den notwendigen ersten Schritt in die lange geforderte Reform des Emissionshandels ab. Doch viele Europaparlamentarier zögern. Soll man der Wirtschaft angesichts der noch nicht überwundenen Krise durch eine Reform tatsächlich höhere CO₂-Preise bescheren?

Der Handel mit CO₂-Zertifikaten ist das Herzstück der EU-Klimapolitik – und gleichzeitig Instrument moderner europäischer Industriepolitik. Dabei ist seine wichtigste Aufgabe, dass er die Unternehmen dazu anregt, in effiziente, emissionsarme Technologien und Verfahren zu investieren. Tut ein Unternehmen genau das, benötigt es weniger Zertifikate, die es sonst zum Teil versteigern müsste. Der Mechanismus hilft darum, dass Europa seine Führungsrolle bei den zukunftsgerichteten Effizienztechnologien gegen Wettbewerber halten kann.

Der Handel wurde zudem eingerichtet, um die EU-Emissionsziele möglichst kostengünstig zu erreichen. Er soll für einen planbaren, ruhigen Übergang in eine emissionsneutrale Wirtschaft sorgen. In den kommenden 35 Jahren muss sich die Wirtschaft der EU vom CO₂-Ausstoß fast vollständig verabschieden. Je länger Europa aber mit dem Abschied wartet, desto mehr werden wir dafür investieren müssen. Je steiler der CO₂-Ausstiegspfad, desto teurer wird es am Ende.

Niemand investiert mehr

Doch der CO₂-Handel in seiner jetzigen Form leistet all dies nicht. Er steckt in der größten Krise seiner achtjährigen Existenz. Er kenne niemanden auf der Welt, der bei den derzeit extrem niedrigen Zertifikatspreisen in CO₂-arme Technologien investieren würde, hatte E.on-Chef Johannes Teyssen bereits im Februar 2012 gespottet. Bei Preisen um nur noch 5 Euro je Tonne Treibhausgas

nimmt die Verstromung der dreckigen Braunkohle wieder zu. Europaweit werden Kohlekraftwerke und andere kapitalintensive Investitionen geplant, die vor Ablauf ihrer Lebensdauer stillgelegt werden müssen, will die EU ihr langfristiges Klimaziel nicht in den Wind schreiben. Offshore-Windparks und Gaskraftwerke dagegen entwickeln sich zu Investitionsruinen. Das gefährdet massiv die Energiewende. Und fortschrittliche Unternehmen werden dafür bestraft, dass sie noch vor wenigen Jahren mit steigenden CO₂-Preisen kalkulierten.

Eine riesige Überangebotsblase hat den Handel mit Zertifikaten inzwischen fast zum Erliegen gebracht. Keiner braucht die Emissionsscheine, weil alle genug davon haben. Schuld ist die Politik. Sie hat so viele Emissionsscheine verteilt und so große Schlupflöcher geschaffen, dass selbst ohne Wirtschaftskrise viel zu viele Zertifikate auf dem Markt wären.

Lobbyschlacht gegen Klimaschutz

Niemand kann ein Interesse daran haben, dass Unternehmen weitere Arbeitsplätze nach Übersee verlagern. Die energieintensive Industrie wurde darum mit ausreichend Ausnahmeregelungen versorgt. Dennoch orchestrieren einige Unternehmen gegen die Vorschläge der Kommission zur CO₂-Handelsreform eine der größten Lobbyschlachten, die Europa seit Jahren gesehen hat. Für diese Unternehmen geht es inzwischen offensichtlich darum, ein prinzipielles Zeichen gegen eine europäische Vorreiterrolle im Klimaschutz zu setzen.

Wenn sie damit durchkommen, wäre das für den globalen Klimaschutz katastrophal. Die vergangenen Klimaverhandlungen haben deutlich gezeigt: Wenn die EU mit glaubwürdigen eigenen Zielen für Emissionsreduktion, für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz vorangeht, kann sie Bündnisse

mit anderen Staaten aufbauen und so den Druck auf China und die USA erhöhen. Eine ambitionierte EU-Klimapolitik – und das betrifft insbesondere einen funktionierenden Emissionshandel – ist das Vorbild, das die internationalen Klimaverhandlungen voranbringt. Zwei der drei nächsten Klimagipfel wird die EU im eigenen Haus haben, nämlich 2013 in Warschau und 2015 in Paris. Das erhöht noch mal die Pflicht, Führungsstärke zu zeigen.

Abschied vom 2 °C-Limit?

Zeigt die EU politischen Willen, ihr zentrales Klimaschutzinstrument wieder zu stärken? Oder wird das Überangebot an Zertifikaten die Preise wie prognostiziert bis mindestens 2020 auf nahe Null drücken und die Wirtschaft damit über Jahre keine Emissionsminderung mehr leisten müssen?

Das Signal wäre: Die EU ruht sich aus. Wir verabschieden uns von unserem versprochenen Beitrag zum Vorhaben, die globale Erwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Und was bringt ein robuster Emissionshandel Deutschland? Durch Ausnahmeregelungen und gehortete Zertifikate wäre die energieintensive deutsche Wirtschaft von steigenden Zertifikatspreisen nur mäßig betroffen. Eine CO₂-Handelsreform reduziert zudem die Kosten für die Ökostrom-Umlage. Denn höhere Zertifikatspreise verteuern den schmutzigen Kohlestrom, dadurch steigt auch der inzwischen sehr niedrige Preis an der Strombörse wieder. Da sich die von uns allen zu zahlende EEG-Umlage am Abstand von Strombörsenpreis und der (festen) Vergütung für die Anbieter von grünem Strom bemisst, sinkt die Umlage.

Die Reform des Emissionshandels stärkt damit Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig. Deutschland profitiert doppelt.